

Antrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Mag.^a Silvia Moser
betreffend **Klimaschutzgesetz**

Die Bundesregierung hat sich, im Regierungsprogramm festgeschrieben, den klaren Auftrag gegeben, Österreich bis 2040 in die Klimaneutralität zu führen. Um dieses ambitionierte Ziel erreichen zu können, braucht es klar definierte Maßnahmen auf dem Weg zur Zielerreichung. Dieses Bündel an Maßnahmen wird in einem Österreichischen Klimaschutzgesetz verankert werden, welches sich derzeit im Bundesministerium für Klimaschutz in Ausarbeitung befindet und mit dem Finanzministerium koordiniert wird.

Damit die Klimaneutralität 2040 Realität werden kann, müssen die Emissionen bereits bis 2030 um mehr als die Hälfte reduziert werden. Das stellt besonders im Verkehrssektor eine Herausforderung dar, wie man am Beispiel Niederösterreich erkennen kann. Hier stiegen die Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren sogar wieder an (Bericht des Rechnungshofes „Klimaschutz in Österreich-Maßnahmen und Zielerreichung 2020“), was befürchten lässt, dass Niederösterreich seine Klimaziele verfehlen wird.

Bei Verfehlung der Klimaziele drohen Strafzahlungen bis zu 9 Milliarden Euro. Es ist also besser heute in den Klimaschutz in Österreich zu investieren, als morgen Strafzahlungen tätigen zu müssen. Es braucht auch tiefgreifende Maßnahmen, falls die Zielerreichung nicht gelingt. Ziele sind seit Jahrzehnten rasch formuliert und Papier ist geduldig. In der Zielgeraden wird die Kraftanstrengung höher, daher braucht es genau in der Phase ein hohes Maß an Verbindlichkeit, was festgeschrieben werden muss. Zentral ist, dass Österreicherinnen und Österreicher bei klimaaktiven Handlungen belohnt werden. Ökologisch vernünftig und sozial gerecht soll Klimaschutz in Österreich betrieben werden, sodass Menschen und Klima dabei profitieren. Wer CO₂ einspart, hat auch finanzielle Vorteile. Das, was seit den 1970er Jahren gefordert wird, ist Kostenwahrheit im Bereich Energie. Und das wird mit dem Klimaschutzgesetz gelingen müssen. Die Zeit drängt.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung, im Besonderen das Bundesministerium für Finanzen bei der Ausarbeitung eines ambitionierten Klimaschutzgesetzes für Österreich gemäß des NÖ Klima- und Energieprogrammes

2030 zu unterstützen, sodass ein starker Rahmen für den Klimaschutz geschaffen werden kann, nach dem Motto „Zukunft gestalten – Maßnahmen setzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELT-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.